

gieren. Möge bei der aktuellen Aufarbeitung nicht wieder die fast zum Ritual erstarrte Debatte um bessere Integration aufkommen. Es dürfen nicht die Täter mit Opfern verwechselt werden, denn für eine solche Tat bedarf es des Vorsatzes.

Der zuständige Regionalpräsident Christian Estrosi hatte am Vortag des Anschlags einen offenen Brief an den Staatspräsidenten gerichtet, in dem er auf die dramatische Situation der überstrapazierten Polizei und Gendarmerie hinwies und konkrete Verbesserungen von Ausrüstung über Personenschutz für Ermittler bis zu besserer Bezahlung machte. Es war laut einigen Meldungen der Mut einer Polizistin, die offenbar auf die Faherkabine sprang und so den Lkw zum Stoppen brachte. Hätten noch mehr Polizisten und Soldaten auf Patrouille das Massaker verhindern können?

Verwundbare Gesellschaften

Nicht nur Frankreich debattiert eine Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht, da für die vielen Kontrollgänge auf gefährdeten Plätzen das Personal fehlt. Pensionierte Gendarmen sollen laut einem Regierungsvorschlag wieder in den Dienst geholt werden, um die vielen Lücken infolge von Überstunden zu schließen. Es geht um viel mehr als nur darum, den umstrittenen Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten. Wie verwundbar die europäischen Gesellschaften sind, zeigt jeder Anschlag aufs Neue.

In Beirut oder Bagdad lebt man mit der täglichen Bedrohung auf andere Weise. Die Angst, dass Frankreich libanesische Zustände drohten, kursiert unter vielen Menschen. Denn von einer Libanisierung infolge ethnischer Spannungen sei man nicht allzu weit entfernt. Und das Drama des Libanon verfolgte Paris aus vielen historischen Gründen immer sehr genau.

Der Mord an einem Antiterror-Spezialisten und seiner Frau Mitte Juni in einem Pariser Vorort drückt zudem auf die Moral in der französischen Polizei. Der Täter verlor vor Erstürmung des Hauses der Getöteten noch ein Manifest seines

DIE AUTORIN



Karin Kneissl (* 1965 in Wien) studierte Jus und Arabistik in Wien. Sie war 1991/92 Studentin an der ENA, von 1990 bis 1998 im diplomatischen Dienst, danach Lehrtätigkeit. Zahlreiche Publikationen, darunter: „Die Gewaltspirale. Warum Orient und Okzident nicht miteinander können“ (2007), „Mein Naher Osten“ (Braumüller, 2014).

[Privat]

Weltbildes, voller Literaturhinweise in perfektem Französisch und gespickt mit Zitaten in klassischem Arabisch. Er kündigte zugleich die Ermordung von Uni-Professoren und Journalisten an, deren Arbeit ihm nicht gefiel.

Halal und haram

Der Mörder machte hierbei einen umfassend gebildeten Eindruck und legte einen Eifer an den Tag, der an harte Thriller erinnerte. Es lebte noch das Kind des Polizistenpaares; die Mutter hatte er zuvor geschächtet. Beim Studium dieses Video fragt man sich, in welches Psychogramm so ein Mensch fällt und welcher Anspruch auf die eine wahre Lebensform des Gläubigen ihn antreibt.

Lang bevor es zur Tat kommt, baut sich eine tiefe Verachtung des Täters für „die anderen“ auf. Wer als Ungläubiger gilt und damit vernichtet gehört, bestimmt der „wahre Gläubige“, der vermeintlich Halal, also das Reine, von Haram, also dem religiös Verbotenen, unterscheiden kann. Taub für alles kritische Hinterfragen erhebt sich dieser über all die Ungläubigen. Diesen Islam fördern TV-Prediger von Riad bis Doha. Ihr Gedankengut unterscheidet sich kaum von den Manifesten des IS.

Was immer bei den Recherchen und Analysen zu diesem jüngsten Anschlag herauskommt: Es wird neuerlich klar, dass Europa das neue Einsatzgebiet des Terrorismus ist, wie ihn Nigeria oder der Irak leidlich kennen.

Droht Frankreich Bürgerkrieg?

Oft half Kommissar Zufall, um ein Desaster zu verhindern. Für Mai 2015 waren Anschläge auf Kirchen im Raum Paris geplant. Wäre dieser Plan nicht vereitelt worden, hätte eventuell ein Massaker an Hunderten Menschen während der Sonntagsmesse dazu geführt, dass des Nachmittags die Moscheen brannten hätten. Ähnliche Zustände erlebten die Niederlande vor einigen Jahren.

Premier Manuel Valls hat mehrfach vom Bürgerkrieg gesprochen, doch meist mit Verweis auf einen möglichen Wahlsieg des Front National. Die Nerven liegen blank, und nebst diverser Kritik an der Regierung seitens potenzieller Präsidentschaftsbewerber, wie dem Konservativen Alain Juppé, üben sich alle in Appellen an die nationale Einheit. Es geht aber um viel mehr: den republikanischen Konsens jenseits aller religiösen Kategorien. Und die Verachtung für den Andersgläubigen sitzt gefährlich tief, wie sich täglich auf Schulhöfen beobachten lässt.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



Nicht mehr der Krieg der anderen - Lehren aus 15 Jahren Terror

Wenn ein Dritter Weltkrieg droht, dann wird er mit den konventionellen militärischen Auseinandersetzungen nichts mehr gemein haben.

„It's War!“ Fünfzehn Jahre ist es her, da schrieen es die Schlagzeilen der New Yorker Zeitungen am Tag nach den Anschlägen auf das World Trade Center in die Welt hinaus. „Wir sind im Krieg“, sagte der französische Innenminister Bernard Cazeneuve am Tag nach dem Massaker von Nizza. „Sie hassen uns, weil wir so reich sind“, hatte US-Präsident George W. Bush im September 2001 verkündet. „Sie hassen uns, weil wir frei sind“, so könnte man die Reaktionen französischer Politiker zusammenfassen.

Auf die Symbolkraft des Terrors – da der französische Nationalfeiertag, dort das Finanzzentrum in New York – mit einfachen Erklärungen zu reagieren, ist unserer Zeit der simplen Sprüche und Schlagwörter geschuldet. Nur bewirkt es nichts.

Vier Flugzeuge vor 15 Jahren in den USA, ein Lastwagen am 14. Juli in Nizza – Krieg damals, Krieg heute? 2001 hatte der amerikanische Schlachtruf „Es ist Krieg!“ bei Europäern die Angst ausgelöst, es könnte ein Dritter Weltkrieg gemeint sein, so stark ist die Erinnerung an den Ersten und den Zweiten noch.

Jetzt, nach dem „Krieg gegen den Terror“, ausgerufen von Bush am 20. September 2001, dem Krieg in Afghanistan, im Irak, den Terroranschlägen in Paris, Brüssel, Istanbul und jetzt in Nizza ist klar: Von einem Dritten Weltkrieg will niemand sprechen. Doch wie viele Kriege gleichzeitig, wie viele staatenübergreifende Terroranschläge kann es geben, bis ein globaler Flächenbrand entsteht?

Ist es nicht ein entscheidender Fehler, den Begriff Krieg so inflationär zu verwenden, bis er seinen wahren Schrecken verliert und alle abgestumpft sind? Es ist schon lang nicht mehr der Krieg der anderen. Es geht auch schon lang nicht mehr um Krieg in seiner klassischen Definition, um die „organisierte bewaffnete Auseinandersetzung von Streitkräften zweier oder mehrerer Staaten“ also. Das alles gilt nicht mehr.

Was aber dann? Sicher ist nur unsere Unsicherheit. Wenn aber da das klare Denken an die Grenzen der Angst stößt und zum Beispiel aus jedem Verbrechen

umgehend ein Terrorakt wird, ist es bis zur politischen Instrumentalisierung der Angst nur mehr ein kleiner Schritt. War nicht das Massaker in einer Diskothek in Orlando, Florida, vor einigen Wochen auch umgehend zum Terrorakt erklärt worden, bis sich Tage später ein ganz anderer Hintergrund auftrat?

Handelt es sich in dem seinerzeit von den USA und nun von Frankreich deklarierten „Krieg gegen den Terror“, islamistisch in jedem Fall, nicht um so etwas wie einen „Geisterkrieg“? Der Westen kennt seine Gegner nicht wirklich. Er weiß (noch immer!) nicht, mit wem er es eigentlich zu tun hat.

Das macht auch einen Krieg so aussichtslos. Auffallend ist jedenfalls – und nicht erst seit dem Massaker während des 14.-Juli-Feuerwerks in Nizza –, dass in den vergangenen 15 Jahren Europa zum „Hauptkampfgebiet“ erklärt wurde – und nicht mehr die USA. 2001 hieß es in Europa: „Wir sind Amerikaner.“ Jetzt beten Amerikaner für die Opfer von Paris, Brüssel, Nizza und demnächst von wo?

Es ist nicht auszuschließen, dass die Drahtzieher des islamistischen Terrornetzwerks nicht nur weiche Ziele ins Visier nehmen, sondern Europa insgesamt eben als die Schwachstelle, an der mit geringerem Aufwand (nicht an Menschenleben, aber an Terrortechnik) größtmögliche politische Effekte zu erzielen sind.

Dagegen wird man mit der Versicherung, wir ließen uns unsere Werte nicht nehmen, nicht ankämpfen können. Das wäre nur mit erstarktem politischen Willen zur Zusammenarbeit möglich.

Eines braucht aber Europa sicher nicht – einen Verteidigungsminister wie Hans Peter Doskozil (SPÖ), der seine Liebdieneri den Bundesländern gegenüber beim Erhalt von Kasernen mit der „aktuellen Terrorbedrohung“ begründet. Heute mehr noch als vorgestern will man wissen, was Österreich konkret im Krieg – oder besser im Kampf, der vor 15 Jahren begonnen hat – beizutragen bereit ist.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:

Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien: Reality Check <http://diepresse.com/blog/rohrer>

Montag in

„Quergeschrieben“: Wie der türkische Präsident Erdoğan seinen Einfluss in Österreich weiter vergrößert. Von Gudula Walterskirchen

den ob ihres heroischen Eifers. Der Stadtschulrat hat recht. Und ja, die Eltern gehören zur Verantwortung gezogen. Wenn sich schon die Lehrerinnen nichts dabei gedacht haben, sowohl die Strafenverkehrsordnung als auch ihre Dienstaufsichtspflicht zu verletzen, frage ich mich, was sich die begleitenden Eltern gedacht haben.

Und dann darf man sich eben nicht wundern, wenn auch bei den Wahlen die Regeln nicht ernst genommen werden. Es ist ja eh nix passiert. Im einen Fall schon – nämlich Wahlwiederholung – im anderen Fall Gott sei Dank nichts. Die vier Damen und die Eltern sollten gemeinsam mit der Elternvertreterin in die Kirche gehen und ein Dankgebet sprechen, dass den Kindern nichts passiert ist!

Rudolf Karl, 1090 Wien

Nicht Nationalismus, sondern Notwehr

„Kleinengland und das nicht so große Britannien“, Gastkommentar von Ian Buruma, 14. 7.

Auch ich bin anglophil und schätze Großbritannien wie Ian Buruma für seine Toleranz und Freiheitsliebe, aber auch seine Fairness, seinen Mut und Selbstbehauptungswillen sowie für seinen Nationalstolz. Ja, das United Kingdom war und ist offen für Ausländer und gibt ihnen bereitwillig jede Chance (siehe Disraeli, Koestler und viele andere). Auch (echte) Flüchtlinge und leistungsbereite Einwanderer dürfen auf die Fairness der Briten zählen, sofern sie sich solidarisch, integrativ und loyal gegenüber dem Land zeigen, das ihnen Hilfe beziehungsweise eine neue Heimat ermöglicht.

Aber als *Big Spender* oder Melkkuh gesehen zu werden, weckt mit Recht Empörung und Nationalstolz, der keineswegs mit Nationalismus verwechselt werden darf. Beide verhalten sich zueinander wie Selbstliebe und Selbstachtung zu Egoismus und Hybris.

Was Herr Buruma allerdings als Nationalismus brandmarkt, ist die verständliche Notwehr gegen Unterwanderung und Überfrem-

dung. Herr im eigenen Haus zu sein und zu bleiben ist wohl das Selbstverständlichste, für Familien wie für Nationen, und waren das entscheidende Motiv für den Brexit. Nicht finstere Reaktionen und „populistische Hetzer“ schüren „Ängste“, sondern demografischer Weiblick und Selbstvertrauen haben gegen die Knebelung der Selbstbestimmung einer freien Nation gestimmt – trotz wirtschaftlicher und finanzieller Drohungen und Erpressungsversuche seitens der EU.

Mag. Elisabeth Gruber, 2344 Maria Enzersdorf

Eine höchst abwegige Verschwörungstheorie

„Böhmischer weiß genau, wie der VfGH tickt“, Leserbrief von Peter Zweimüller, 14. 7.

Peter Zweimüller unterstellt in seinem Leserbrief, dass im Fall eines Sieges von Alexander Van der Bellen „einige brave FPÖ-Parteisolddaten“ eidesstattlich erklären werden, „dass sie vorschriftswidrig gehan-

delt haben“, womit das Spiel von Neuem beginnen würde.

Dieses Argument ist schon von verschiedensten Kommentatoren und anderen Leserbriefschreibern vorgetragen worden. Da jedoch allen Wahlkommissionen Beisitzer aller wahlwerbenden Parteien angehören und ein vorschriftswidriges Handeln von allen Beisitzern bestätigt werden müsste, um eine Wahl aufheben zu können, würde die von Herrn Zweimüller entwickelte Verschwörungstheorie bedeuten, dass auch alle Nicht-FPÖ-Parteisolddaten als Beitragstätter mitwirken müssen – eine höchst abwegige Vorstellung.

Dr. Jörg Frey, 6800 Feldkirch

Eine vertane Chance

„Kein zweiter Lift für den Stephansplatz“, von A. Thalhammer, 13. 7. Nicht nur Behindertenverbände, sondern auch gesunde und mobile Menschen wie ich verstehen nicht, wieso hier die Chance zu einer dringend nötigen Infrastrukturmaßnahme vertan wird. Die ge-

nannten Kosten scheinen zwar für den Normalbürger unvorstellbar hoch und sind zu hinterfragen, können aber sicher bei gutem Willen der Stadt Wien, vielleicht durch Umschichtung aus Töpfen für Werbemaßnahmen, aufgebracht werden. Sie wären eine Investition in die Zukunft, die allen Bürgern zugutekommt. Denn jeder von uns kann jederzeit in die Situation kommen, dass er plötzlich selbst auf einen Lift angewiesen ist!

Mag. Jutta Riedel, 1160 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.